

„Grüne Hauptstadt“ der Widersprüche

Doch, Essen kann schön sein, und auch grün. „Grüne Hauptstadt Europas“ (GHE) ist kein schlechter Titel, schon weil er dazu beiträgt, das Umweltbewusstsein in Essen zu stärken. Zugleich ist nicht zu übersehen: Das ist eines jener „Projekte“ oder „events“ vor allem für Essens Stadt-Marketing. Es soll Unternehmen und Fördermittel anwerben. Im Zweifel steht der Nutzen für Klima und Umwelt dagegen zurück.

Dafür werden über 16 Mio. ausgegeben, ein Drittel davon aus der überschuldeten Stadtkasse. Dafür werden zig städtische MitarbeiterInnen eingesetzt, ergänzt durch teure „Externe“. Und nach 2017 wieder zurück in den alten Trott? Essens Umweltpolitik ist von vielen Widersprüchen gekennzeichnet.



Steeler Kurier 1.2. 2017

Grün und Gruga ist von den städtischen Einrichtungen die am meisten „kaputtgesparte“. Regelmäßiger Grünschnitt an Straßen und Wegen: Fehlanzeige. Große Blumenbeete in Parks

und in der Gruga, das war einmal. Nach dem verheerenden ELA-Unwetter sind viele Wäldungen immer noch ein Chaos. Aber man will eine Plattform bauen, um es zu besichtigen!

Das Vorzeigeprojekt „Wege zum Wasser“ mit dem Kern der Renaturierung der Emscher und ihrer Zuflüsse ist nicht städtisch,

Hauptkriterium des EU-Wettbewerbs GHE ist: „Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum zu einer hervorragenden Lebensqualität der Einwohner zu verbinden“. Eine solche Vereinbarkeit von Umweltschutz und der auf ununterbrochenes Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsweise des Kapitalismus halten wir für eine Illusion: Jährliche UNO-Klimakonferenzen seit Kyoto 1992 haben nur eins bewirkt: Der Treibhauseffekt wächst gefährlich. Aber auch der weltweite Protest dagegen!

sondern landesfinanziert. Wo die Stadt begleitende Wege erstellt, machen das meist 1-Euro-Jobber! Das lehnen wir ab. Und von teuren Wohnanlagen, denen man einen See spendiert, haben die meisten Essener nichts. Im Krupp-Park schon, aber er ist modelliert aus kontaminierten Böden und Aushub – eine tickende Zeitbombe?

Auch im Jahr der GHE soll das **Verplanen und Versiegeln von Grünflächen**, meist im Außenbereich, weitergehen. Regelmäßig kämpfen Bürgerinitiativen dagegen an. Wir fordern die Aufbereitung von alten Wohnbereichen und sanierten Industriebrachen im Innenbereich



Schön: Der Emscher-Umbau. Aber wie nachhaltig ist die Grüne Hauptstadt Essen?

für stadtnahen Wohnungsbau statt Grünflächenfraß!

Für **Essens verantwortungslose Verkehrspolitik** sind die Bedürfnisse der Menschen und eine intakte Umwelt zweitrangig. Kennzeichnend dafür ist das Festhalten an der Durchstreckung der A52 durch den Essener Norden, was das Verkehrsaufkommen noch erhöhen würde. Genauso die weitgehende Tatenlosigkeit gegenüber der Feinstaub- und Stickoxidbelastung mit Verweis auf die angeblich so wirksame Umweltzone. Schließlich null Ehrgeiz beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der stattdessen auf dem Rücken der Bürger und der Beschäftigten kaputtgespart wird.

Die **Anpassung an den sog. „Klimawandel“ ist der Kern der Umwelt- und Klimapolitik der Stadt**. Statt einen Beitrag zum Kampf gegen die drohende Umwelt- und Klimakatastrophe zu leisten und die Menschen dazu zu ermutigen, wird so die Kapitulation vor dieser menscheitsbedrohenden Entwicklung beschönigt. Für viele Menschen ist die „Grüne Hauptstadt“ jedoch ein guter Anlass, umso lauter und kämpferischer für die

Rettung der Umwelt einzutreten. **Dafür steht besonders der erfolgreiche Kampf gegen den Giftschredder in Kray, den „Essen steht AUF“ aktiv unterstützt hat.**

Öffentlicher Nahverkehr in Essen: Armutzeugnis für die „Grüne Hauptstadt“

Enge, ausgefallene, verspätete oder defekte Bahnen, jährlich steigende Ticket-Preise, schlechte Abstimmung zwischen Bus und Bahn, lange Taktzeiten: Das ist die traurige Realität des öffentlichen Nahverkehrs in Essen.

Während sie den Titel „Grüne Hauptstadt“ stolz vor sich her trägt, hat die Große Koalition im Rat beim neuen Nahverkehrsplan lediglich Investitionen befürwortet, mit denen im Wesentlichen der jetzige Stand gehalten wird. Nur zwei Straßenbahnlinien werden durch die neu zu bauende Bahnhofstangente

gestärkt. Dafür sollen aber die Buslinien 167, 181, 193 gestrichen und einige Buslinien samstags nur alle 30 Minuten fahren. Die Variante 'Kapazitätsausbau' sei mit 9,5 Millionen € nicht zu finanzieren, und die ist keinesfalls ehrgeizig! Sowenig wie das Ziel,

Forts. von Seite 1

den Anteil des öffentlichen Nahverkehrs am Gesamtverkehr von heute 19% auf 25% bis 2035 (!) zu steigern. Das ist lächerlich. Städte, die wirklich in den ÖPNV investieren, erreichen schon heute wesentlich höhere Anteile (Wien: 39%). **Je weniger Menschen mit ihrem Auto fahren (müssen), desto besser für Umwelt und Klima!**



Schöne heile EVAG-Welt - bloß wann kommt die Bahn?

Wirklichen Ehrgeiz entwickelte man dagegen im Rahmen der Fusion von EVAG und MVG bei den Vorstandsgehältern, die mal eben um 50.000 € steigen sollten. Nach massiven Protesten von Bürgern und Beleg-

schaft erklärte der neue Vorstand, für dieses Jahr auf die Boni-Zahlungen zu verzichten. Das soll die Gemüter beruhigen, ändert aber nichts am Sparkurs auf Kosten der Beschäftigten und ÖPNV-Nutzer.

Massiver Ausbau des ÖPNV ist nötig und bezahlbar

Allein 2015 wurden bei der EVAG 5% der Arbeitsplätze abgebaut, so dass nun nicht genug Straßenbahnfahrer zur Verfügung stehen. Neueinstellungen finden nur befristet statt, Sozialleistungen wie Familienfreifahrt wurden gestrichen. Etliche Buslinien wurden an Fremdunternehmen vergeben. Diese Fahrer verdienen fast 30% weniger.

Die Forderung von ver.di nach sofortiger Entfristung der Verträge und Personalaufstockung mit unbefristeten Verträgen braucht unser aller Unterstützung zur Entlastung der EVAG-Beschäftigten. **Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!**

Wir fordern eine Beendigung der Auslagerung an private Unternehmen sowie die Wiedereinführung und den Ausbau von Sozialleistungen für die EVAG-Beschäftigten wie kostenloses Familienticket, Schülerticket und Sozialzuschlag für Kinder!

Mobilität gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge wie Wasser, Abwasser und Strom. „Essen steht AUF“ tritt deshalb perspektivisch für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr ein. Wir fordern die sofortige Senkung des Sozialticketpreises auf 15 € und Rücknahme der Ticketpreiserhöhung.

Nötig ist die Erarbeitung eines neuen Nahverkehrskonzeptes mit ehrgeizigen Zielen für einen attraktiven ÖPNV: Ausbau eines Systems mit Taktzeiten von 5/10/20 Minuten bis 22 Uhr. Taktverdichtung auch bei Bussen. Das schafft auch neue Arbeitsplätze. Umstellung auf Elektro- bzw. Brennstoffzellen-Busse, Anschaffung von Kleinbussen, Ausbau von Anruf-Sammeltaxis. Das mindert Feinstaub- und Stickoxidausstoß.

Ein Großteil der Finanzierung eines massiven Ausbaus des ÖPNV ergäbe sich aus der Steigerung der Attraktivität und den erhöhten Nutzerzahlen. Das zeigen die Erfahrungen in einigen Städten Europas, die sich, anders als die „Grüne Hauptstadt“, von einer völlig an den Interessen der Automobilindustrie orientierten Verkehrspolitik abgewandt haben.



Schon 2015 kämpften die EVAG-Kollegen mit ver.di für einen Essener Nahverkehr, der diesen Namen auch verdient

Wer braucht verkaufsoffene Sonntage?

Neulich bei Aldi, gegen 19:50 Uhr, sage ich der Kassiererin: „Noch vor 20 Jahren hättet ihr jetzt schon fast anderthalb Stunden frei gehabt, würdet mit Freunden zusammensitzen, zum Training gehen usw.“ Sie: „Echt?“

Allerdings. Die festen Ladenschlusszeiten in Deutschland sind eine Errungenschaft der Revolution von 1918. Seit Mitte der 1990er Jahre wird an ihnen gezerrt und gezogen. Gern werden für Sonntagsöffnungen „Events“ oder Stadtteilstände missbraucht. Wer braucht das?

Sicher, manchmal ist es angenehm, außer der Reihe etwas kaufen zu können, was vergessen wurde.



Treibende Kraft aber sind vor allem Handelsmonopole: Längere Verkaufszeiten bringen ihnen u.a. eine Umkehr des Trends, dass der Umsatz pro m² Verkaufsfläche kontinuierlich abnimmt, und vernichtet die schwächere Konkurrenz, die sich Arbeitszeiten mit Schichtbetrieb oder Überstunden nicht leisten kann.

Wer hat den Schaden? Familienleben und Freizeit werden immer schwerer planbar. Fußballvereine wissen davon ein Lied zu singen! Das wiederum verstärkt die Tendenz zur Einzelung.

Gemeinsames Essen z.B. in der Familie, das war einmal.

Generelles Verkaufsverbot an Sonntagen!

Kurz vor Weihnachten: Unmenschliche Abschiebung einer Familie in den Kosovo

Am 20. Dezember hatte die Familie Vitija einen Termin beim Ausländeramt. Ehrenamtliche Helfer warteten dort, um sie zu begleiten. Aber Familie Vitija kam nicht, konnte nicht kommen.

Denn in aller Frühe wurden sie überfallartig aus ihren Betten im Flüchtlingsheim in Kettwig geholt. Jeder durfte nur eine Plastiktüte packen und mitnehmen. Noch zwei Tage zuvor waren sie Gäste der Jahresabschlussfeier von „Essen steht AUF“. Die Familie hatte sich mit sehr um Integration bemüht. Der Vater hatte Arbeit, die Mutter sollte eine Putzstelle bekommen, die beiden Söhne gingen in Kita und Schule. Dennoch war ihr Asylantrag abgelehnt worden, weil sie aus dem angeblich sicheren Kosovo geflohen waren.

Die Familie lebte seit Mitte 2016 in ständiger Angst vor der Abschiebung, hoffte aber noch auf eine Petition, die an den Petitionsausschuss des Landtages gestellt wurde, jedoch keine aufschiebende Wirkung auf eine Abschiebung hatte. Die Ablehnung der Petition traf am 19. Dezember bei der Rechtsanwältin der Familie ein, die an diesem Tag nicht im Büro war und deshalb die Familie

nicht informieren konnte.

Die Abschiebung wurde vom Essener Ausländeramt seit Monaten und ohne Berücksichtigung der Petition gnadenlos vorbereitet. Mit dem Termin am 20. Dezember wurden die Vitijas zusätzlich in dem Glauben gelassen, dass eine Abschiebung nicht unmittelbar bevorstehe. Damit wurde der Familie auch die Möglichkeit verbaut, im letzten Moment doch noch das „Angebot“ einer freiwilligen Ausreise anzunehmen.

Ich sprach NRW-Innenminister Jäger bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Altendorf auf diese Abschiebung an. Vorher hatte er in seiner Einleitungsrede selbst ausgeführt, dass der Kosovo von korrupten Leuten regiert wird und er den Kosovo für unsicher hält (deshalb sind deutsche Polizisten dort). Jäger fasste die Unmenschlichkeit in Worte: Es müsse schneller abgeschoben werden, denn sonst entstehe das Problem, dass sich die Flüchtlinge schon beginnen zu integrieren. Das ist ein Schlag für alle Menschen, die hier Asyl suchen und die Ehrenamtlichen, die sich solidarisch um Geflüchtete bemühen.

Gert Bierikoven



Familie Vitija (ganz rechts) bei der Jahresabschlussfeier von „Essen steht AUF“

European Homecare: Wucherpreise und Massen- entlassungen

Die Firma European Homecare (EHC) und die Stadt Essen wollten keinen Einblick in die Verträge über die Flüchtlingsunterbringung geben. Vor Gericht zogen sie den Kürzeren. Ende 2014 hatte der EHC-Geschäftsführer erklärt, dass Unterbringung, Verpflegung und Betreuung eines Flüchtlings mit 150 bis 350 € pro Monat kalkuliert würde.

Die Zahlen, die jetzt veröffentlicht wurden, zeichnen ein anderes Bild. Ein Platz in einem 344 Personen-Zelt kostete mit Verpflegung, Betreuung und Reinigung ein Vielfaches, fast 1.900 € im Monat! Das galt aber nur bei Vollbelegung. Sonst konnten die Kosten laut Vertrag auf das Mehrfache steigen. Inwieweit die zehn von EHC betriebenen Zeltdörfer nicht voll belegt waren, ist nicht bekannt.

Nicht nur Essen zahlte solche Wucherpreise an EHC, auch Velbert hatte einen ähnlichen Vertrag. Es gibt aber Kommunen, die durch Unterbringung in Wohnungen und vorhandenen Gebäuden erheblich geringere Ausgaben hatten. Auffällig ist, dass die Länder und der Bund keine genauen Zahlen über diese Kosten haben, sondern nur mit Schätzungen operieren.

Dass man ein gutes Geschäft gemacht hat, bestreitet EHC nicht. „Das ist Marktwirtschaft. Wir machen keine Geschäfte mit den Flüchtlingen. Wir machen Geschäfte mit den Kommunen“, erklärt EHC-Sprecher Kocks. Diese Geschäfte werden nicht nur auf dem Rücken der Kommunen und ihrer Bevölkerung ausgetragen, sondern auch auf dem Rücken der Beschäftigten nach dem Motto „heuern und feuern“.

Zeitgleich mit der Schließung der Zeltdörfer und anderer Unterkünfte kündigte EHC etwa 150 Beschäftigten den Job. Viele von ihnen gehen gegen diese Kündigungen gerichtlich vor und brauchen unsere Solidarität.

Stadt Essen will die Meinungsfreiheit einschränken!

Die Stadtverwaltung und besonders die 'Essener Marketing Gesellschaft' (EMG) tun alles, um den Geschäftsleuten und vor allem den internationalen Ketten, die den Handel in der Hand haben, ein einkaufsfreundliches und profitables Essen zu beschieren. Dazu werden viele sog. Sonderveranstaltungen veranstaltet wie „Essen original“, der Oster-, Herbst- und Weihnachtsmarkt, und in diesem Jahr 28 ver-

kaufsoffene Sonntage, die mit Veranstaltungen verbunden sind,.

Ein neues Ordnungsrecht, das bei solchen Sonderveranstaltungen vordergründig gegen Betteln und Trinkgelage gerichtet ist, baut fast verborgen das demokratische Recht der Meinungsfreiheit ab. Es untersagt in §12 „Sonderveranstaltungen“:

„c.) Waren, Werbematerial aller Art, Flugschrif-

ten oder sonstige Gegenstände ohne Genehmigung zu verteilen oder anzupreisen oder Anschläge, Bekanntmachungen und Plakate anzubringen“.

Das ist neu und bedeutet, Flugschriften dürfen dann nur nach Genehmigung verteilt werden. Das schränkt die politische Betätigung und die Meinungsfreiheit ein und ist grundgesetzwidrig. Wir werden das nicht hinnehmen.

Guido Reil:

Mit „alternativen Fakten“ auf Deutschlandtour für die AfD

Seit seinem Eintritt in die AfD tingelt der Ex-SPD-Ratsherr Guido Reil aus Karnap für diese faschistoide Partei durch die Lande. **Motto seiner Veranstaltungen:** „Glück auf, der Steiger kommt – von der SPD zur AfD“.

Wo man unter sich ist, lässt er schon mal deutlicher die Hosen runter als in Talkshows. So bei einer Veranstaltung der AfD-Jugendorganisation Ende 2016 in Dresden. Fast eine Stunde lang unterhält er sein ziemlich angegrautes Publikum mit peinlichen Platttheiten, Lügen („alternativen Fakten“) und plumper Hetze. Einige Kostproben:

Die Hauptstraße in Karnap sieht aus wie eine Hauptstraße in Beirut

Wegen der vielen Zuwandererkinder in unseren Schulen verblöden die deutschen Kinder

Wer nicht arbeitet, kriegt in Deutschland alles in den Allerwertesten geschoben. Das sei der Grund, warum die Armen (womit er nicht nur Migranten, sondern auch die seiner Meinung nach vielen arbeitsscheuen deutschen Arbeitslosen meint) so viele Kinder kriegen und erklärt dann wörtlich: „Die die arbeiten, müssen verdammt noch mal Kinder kriegen und kein anderer“.

Man merkt, welche Bücher er gelesen hat, denn es war ja das SPD-Mitglied Sarrazin, das solchen Rassismus hierzulande salonfähig gemacht und damit der AfD den Boden

bereitet hat.

Obwohl er 26 Jahre SPD-Mitglied war und es immerhin bis in den Stadtrat geschafft hat, tut er so, als hätte er mit den Folgen der Politik dieser Partei überhaupt nichts zu tun. Das ist einfach nur schäbig.

Er kritisiert nicht die Hartz-Gesetze seiner SPD, sondern zieht ständig über die Hartz-IV-Bezieher her. Er kritisiert scheinheilig den



angeblichen „Strukturwandel“, ist jedoch nie dadurch aufgefallen, dass er sich für den Kampf um die Arbeitsplätze, gerade im Bergbau, eingesetzt hätte. Er hat aktiv an einer Politik mitgewirkt, die dazu geführt hat, dass gerade im Essener Norden Armut und besonders Kinderarmut grassiert – und macht jetzt die Opfer dieser Politik zu Sündenböcken.

In einem WAZ-Interview vom 3.1. macht Reil deutlich, dass er kein aus Enttäuschung handelnder Ex-SPDler ist, sondern dass er ganz bewusst mit sozialer Demagogie für die ultrarechte, faschistoide AfD bei Arbeitern auf Stimmenfang gehen will, indem er so tut, als sei sie die einzig wahre Partei der „kleinen Leute“. Das ist AfD ist genauso wenig wie die SPD.

So wurde der Krupp-Park aus dem belasteten Bodenaushub für die ThyssenKrupp-Zentrale geformt. Unter dem Park verbirgt sich eine Depone, die auf Dauer nicht dicht bleiben wird. Dort sollte neben dem Friedhof an der Helenenstraße auch Wohnbebauung entstehen. Sie wurde aber schnell begraben, als bekannt wurde, wie verseucht das Gelände ist. Niemand wollte die Kosten der Bodensanierung tragen. Auch bei der Planung des neuen Stadtteils „Essen51“ auf dem Krupp-Gürtel zwischen dem zukünftigen Ikea an der Bottroper Straße und der Pferdebahn besteht die Gefahr, dass die Bodenbelastung herunter gespielt wird. Wir werden das aufmerksam verfolgen und fordern die Offenlegung der bisher durchgeführten Untersuchungen.

Keine weitere Versiegelung von Grünflächen!

Immer wieder versucht Planungsdezernent Best, Grünflächen und landwirtschaftlich genutzte Gebiete zu Bauland zu machen, so 2015 auf dem Weg über die Erstbebauung mit Flüchtlingsunterkünften. Jetzt will er „Mecklenbecks Wiese“ in Horst den Investoren öffnen. Das Gelände ist landwirtschaftlich genutzt und als freier Fleck inmitten der dichten Bebauung wichtig für die Frischluftzufuhr im Stadtteil.

Es gibt genügend Brachflächen, die für Wohnungsbau aufbereitet werden können. Allerdings sind dort meistens die Böden belastet und müssen saniert werden. Die Verursacher haben sich oft aus dem Staub gemacht oder werden geschont.

„Willkommenskultur“ der AfD:

Nazis welcome

Die Mehrheit der Bevölkerung ist ja bei der AfD nicht willkommen: Migranten, Flüchtlinge, Arbeitslose, Umweltschützer, Linke – um nur einige zu nennen. Andererseits hat die AfD gerade sehr deutlich gemacht, wer bei ihr willkommen ist: Offene Faschisten, wie der Thüringer AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke. Der hatte in einer Rede in Dresden neben seinen provokativen Äußerungen über das Holocaust-Mahnmal in Berlin vor allem eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ in Bezug auf deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 gefordert. Das kann nichts anderes sein, als eine Reinwaschung und Rechtfertigung des deutschen Faschismus.

Trotz der offen faschistischen Rhetorik beschloss der AfD-Vorstand, Höcke nicht auszuschließen. Die AfD dokumentiert damit, dass sie ganz bewusst einen faschistischen Flügel hat. In seiner Rede äußerte Höcke ungeniert auch seine „Machtergreifungsphantasien“, die deutlich machen, dass die AfD bei Bedarf ein Wegbereiter des Faschismus in unserem Land sein will. Das alles geschah sicher nicht zufällig am selben Tag, als das Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag gegen die NPD mit der fadenscheinigen Begründung ablehnte, dass diese aktuell nicht gefährlich sei. Dieses Urteil ist praktisch ein Freibrief für faschistische Propaganda. Die Forderung nach Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda bleibt aktuell.

Termine

Jeden Montag, 18 Uhr, Porschekanzel:
Essener Montagsdemo

Sonntag, 19. Februar
11-13 Uhr, Courage-Zentrum
Goldschmidtstr. 3

Kommunalpolitisches Frühstück:

„Es grünt so grün...“ - Was ist dran an der Grünen Hauptstadt Europas?

Mittwoch, 8. März
17 Uhr, Willy-Brandt-Platz

Mitmachaktion zum Internationalen Frauentag

Essen steht AUF

Goldschmidtstr.3, 45127 Essen
vorstand@essen-steht-auf.de

Tel. 45862613 oder 323800

Spendenkonto: Sparkasse Essen
IBAN DE85 3605 0105 0000 3130 31
BIC SPESDE33XXX

V.i.S.d.P.: Dietrich Keil, Bonifaciusstr. 257, 45309 Essen